

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	122
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	57/2020
		GZ:	SI-BB
Sitzungstermin:	19.10.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Krasovskij / pö		
Betreff:	Jahresbericht 2019 der Beauftragten der Landes- hauptstadt Stuttgart für die Belange von Menschen mit Behinderung		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 07.09.2020, GRDRs 57/2020. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zu Beginn macht BMin Dr. Sußmann darauf aufmerksam, dass der vorliegende Jahresbericht bereits am 05.10.2020 im Beirat für Menschen mit Behinderung behandelt worden sei. Im Weiteren bedankt sich die Vorsitzende bei der städtischen Behindertenbeauftragten Frau Fischer (SI-BB) ganz herzlich für ihre gute Arbeit und den unermüdlchen Einsatz in allen Bereichen für die Rechte und Belange von behinderten Menschen in der Stadt Stuttgart. Gerade in Sachen bessere Barrierefreiheit konnten dadurch in der Vergangenheit zahlreiche Verbesserungen für Menschen mit Handicaps erreicht werden, erklärt die Bürgermeisterin und erinnert in diesem Zusammenhang auch an den Anfang des Jahres eingeführten barrierefreien Online-Stadtführer.

Dem großen Dank an die städtische Behindertenbeauftragte schließen sich im Verlauf der kurzen Aussprache ausdrücklich auch StR Dr. Rastetter (90/GRÜNE), StR Dr. Reiners (CDU), StRin Dr. Hackl (SPD), StRin Halding-Hoppenheit (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), StRin Yüksel (FDP), StR Schrade (FW) und StR Puttenat (PULS) an. Neben lobenden Worten für den positiven Jahresbericht würdigen die Ratsmitglieder auch die Arbeit des Beirats für Menschen mit Behinderung. Es wird

übereinstimmend betont, dass Investitionen in die Inklusion und Barrierefreiheit wichtig seien und der gesamten Gesellschaft zugutekommen können.

Frau Fischer bedankt sich ihrerseits bei den Ratsmitgliedern für die positiven Worte und die große Unterstützung ihrer Arbeit. Sie dankt ebenfalls den Referaten und Ämtern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Offenheit für die Belange von Menschen mit Behinderung. Das im Rahmen der vergangenen Haushaltsplanberatungen einstimmig beschlossene Inklusionspaket bezeichnet die Behindertenbeauftragte als ein starkes Signal für Inklusion und Barrierefreiheit in Stuttgart.

Im Hinblick auf das Thema Barrierefreiheit an Stadtbahnhaltestellen begrüßt StR Dr. Rastetter die gute und enge Zusammenarbeit von Frau Fischer mit den SSB, mit dem Ziel, in Zukunft weitere Haltestellen für behinderte Menschen leichter zugänglich zu machen.

In seiner Wortmeldung erklärt StR Dr. Reiners, es sei eine richtige Entscheidung gewesen, die Stelle der Behindertenbeauftragten als eine hauptamtliche Vollzeitstelle einzurichten.

Von StRin Dr. Hackl wird darauf aufmerksam gemacht, dass noch immer vielerorts entsprechende Rahmenbedingungen erst geschaffen werden müssten, damit behinderte Menschen am gesellschaftlichen Leben bspw. an Veranstaltungen nicht nur einfach teilnehmen, sondern sich auch wirklich einbringen könnten. In diesem Zusammenhang begrüßt die Stadträtin den durch die Behindertenbeauftragte verwendeten Begriff der "Teilgabe". Hierzu gehöre auch ein Perspektivwechsel in der Gesellschaft und eine effektive Öffentlichkeitsarbeit, um die vielen Klischees über behinderte Menschen auszuräumen.

Einen großen Handlungsbedarf sieht StRin Dr. Hackl nach wie vor in Sachen Vermittlung von Behinderten in Beruf und Arbeit. Bedauerlicherweise würden viele Unternehmen noch immer lieber eine Ausgleichsabgabe bezahlen, als eine Person mit anerkannter Schwerbehinderung zu beschäftigen. Eine Veränderung dieses Zustandes zu erreichen, sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Stadt Stuttgart sollte dabei nach Ansicht der Stadträtin eine Vorbildfunktion einnehmen durch Appelle an die freie Wirtschaft und die Schaffung weiterer Arbeitsplätze für behinderte Menschen innerhalb der Stadtverwaltung.

In diesem Zusammenhang berichtet Frau Fischer, dass gemeinsam mit den anderen Ämtern ein Konzept entwickelt werden solle, um für Menschen mit einem Förder- und Unterstützungsbedarf weitere mögliche Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung zu eruieren bzw. diese so zu ertüchtigen, dass auch Abgänger von Förderschulen oder Menschen, die bisher in Behindertenwerkstätten beschäftigt waren, bei der Stadt eingestellt werden könnten. Die zur Konzepterstellung geschaffene Stelle bei SI-BB konnte nun (coronabedingt zwar verspätet) zum 01.10.2020 besetzt werden.

Nach einer Nachfrage von StRin Yüksel verweist Frau Fischer auf die gute Zusammenarbeit mit der Abteilung SI-IP. Gemeinsam wolle man überlegen, wie künftig ein noch besserer Zugang zu behinderten Menschen mit einem Migrationshintergrund (und hier insbesondere auch zu Familien mit behinderten Kindern), die bisher die städtischen Hilfs- und Beratungsangebote nicht oder nur wenig nutzen, hergestellt werden könnte.

Nach einer Frage von StR Schrade bestätigt die Behindertenbeauftragte, dass auch ein inklusiver Stadtteilspaziergang in Stuttgart-Weilimdorf geplant sei. Die Einladungen diesbezüglich seien an alle Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherinnen versandt worden, und man gehe Schritt für Schritt vor.

Zum Thema Behindertenparkplätze im Zusammenhang mit dem Konzept der "lebenswerten Innenstadt" erklärt Frau Fischer, dass derzeit in Bereichen, die als Fußgängerzone festgelegt sind oder werden, ordnungsrechtlich keine Sonderstellplätze (dazu zählen auch Behindertenparkplätze) ausgewiesen werden könnten. Sie befinde sich aber in einem engen Austausch mit dem Stadtplanungsamt und dem Ordnungsamt, damit es dennoch gelinge, behinderten Menschen weiterhin einen Zugang zu zentralen Stellen in der Stadt zu ermöglichen, sei es durch entsprechende Behindertenparkplätze, neue Mobilitätskonzepte oder Sonderregelungen und Ausnahmen in bestimmten Bereichen.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GRDRs 57/2020 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
SI-BB
Sozialamt (5)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS